

DIE LINKE. Sachsen, Kleiststr. 10 A, 01129 Dresden

Landesfrauenrat Sachsen e.V.
Vorsitzende,
Frau Professor Dr. Irene Schneider-Böttcher
Strehleener Straße 14
01069 Dresden

Landesgeschäftsstelle

Landesvorstand Sachsen

Kleiststr. 10 a

01129 Dresden

Telefon 0351 – 85 32 721

Telefax 0351 – 85 32 720

kontakt@dielinke-sachsen.de

www.dielinke-sachsen.de

Dresdner Volksbank

Raiffeisenbank e.G

Konto-Nr. 271 990 100 2

BLZ 850 900 00

IBAN: DE75850900002719901002

BIC: GENODEF1DRS

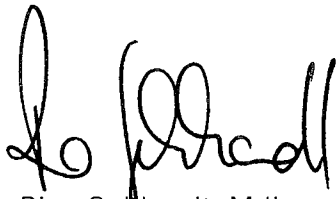
auch Spendenkonto

Dresden, den 22. April 2014

Sehr geehrte Frau Professor Schneider-Böttcher,

Bezug nehmend auf Ihr Schreiben vom 17. März 2014 sende ich Ihnen anliegend die Antworten der LINKEN auf die Wahlprüfsteine des Landesfrauenrates Sachsen e.V.

Mit freundlichen Grüßen



Rico Gebhardt, MdL
Landesvorsitzender

1 Anlage

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2014

Landesfrauenrat Sachsen e.V.

Antworten der Partei DIE LINKE. Sachsen

Repräsentanz von Frauen in der Politik

Frauenanteil der Parteimitglieder im Freistaat Sachsen:	47% (Stand 14. April 2014)
Frauenanteil auf Ihrer Landesliste zur Landtagswahl:	52% (26 von 50)
Frauenanteil unter Ihren Direktkandidaten/innen:	47% (28 von 60)

Eigenständige Existenzsicherung und Gleichstellung am Arbeitsmarkt

Frauen und Arbeitsmarkt

Welche Position/Meinung/Initiativen haben Sie zu nachfolgend genannten Maßnahmen?

- Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine eigene Existenzsicherung von Frauen
- Gezielte Maßnahmen zur geschlechtersensiblen Berufsorientierung intensivieren
- Verringerung prekärer Arbeitsverhältnisse (wie Minijobs) von Frauen
- Schaffung von Erwerbsperspektiven für Frauen in strukturschwachen Regionen
- Initiativen zur Lohngerechtigkeit in frauendominierten Berufen und zur Lohngleichheit von Frauen und Männern
- Gleichstellung der Geschlechter im öffentlichen Dienst, in öffentlichen Unternehmen und in der Privatwirtschaft
- Bindung der Vergabe öffentlicher Aufträge an das Kriterium der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

DIE LINKE. unterstützt alle genannten Maßnahmen. Dies wurde durch parlamentarische und außerparlamentarische Initiativen im Bund und im Land auch untermauert. Genannt seien als Beispiele für die sächsische Landtagsfraktion der Gesetzentwurf „Gesetz zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann im Freistaat Sachsen (Sächsisches Gleichstellungsfördergesetz - SächsGleichstFördG)“ (LT-Drs 5/7135), die Große Anfrage „Zu ausgewählten Lebenslagen von Frauen in Sachsen“ (Drs 5/8746) mit Entschließungsantrag (Drs 5/10393), der gemeinsame Antrag mit der SPD „Ressort übergreifendes frauen- und gleichstellungspolitisches Handlungskonzept für den Freistaat Sachsen erarbeiten“ (Drs 5/3534), der Antrag „Geschlechtersensible Berufsorientierung“ (Drs 5/1612) und der Antrag „Frauen benachteiligende Zulassungsvoraussetzungen für feuerwehrtechnischen Dienst in Sachsen abschaffen – Mindestkörpergröße streichen“ (Drs 5/13282).

Da für DIE LINKE. Gleichstellungspolitik selbstverständlich ist und als Querschnittsaufgabe aufgefasst wird, kann versichert werden, dass auf Grundlage des Landeswahlprogramms auch in der 6. Wahlperiode des Sächsischen Landtages entsprechende Initiativen und Aktivitäten zur Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt erfolgen werden.

Altersarmut

Haben für Ihre Partei Maßnahmen zur Verhinderung und Minderung von Altersarmut bei Frauen:

X sehr hohe Priorität O hohe Priorität O mittlere Priorität O geringe Priorität O keine Priorität

Welche sind nach Ihrer Meinung die drei wichtigsten konkreten Maßnahmen zur Verhinderung und Minderung von Altersarmut bei Frauen (auch Bundesratsinitiativen)?

1. realistische und fundierte Analyse der Situation (z. B. regelmäßiger Lebenslagenreport) als Grundvoraussetzung zur Akzeptanz und zur Lösung des Problems, da in Sachsen seitens der Staatsregierung und der CDU/FDP-Regierungskoalition das Problem Altersarmut von Frauen noch nicht erkannt bzw. akzeptiert ist;
2. Landeskonzept zur Bekämpfung von Frauenarmut und Einleitung konkreter Maßnahmen;
3. Initiativen für eine Kursänderung in der Rentenpolitik (u. a. gesetzliche Rentenversicherung als Erwerbstätigen-Pflichtversicherung, Anrechnung von einheitlich drei Jahren Kindererziehungszeit, Angleichung Rentenwert Ost an Rentenwert West, solidarische Mindestrente in Höhe der Armutsgrenze)

Alleinerziehende

Welche Priorität hat die Verbesserung der ökonomischen Situation von Alleinerziehenden aus Ihrer Sicht:

X sehr hohe Priorität O hohe Priorität O mittlere Priorität O geringe Priorität O keine Priorität

Aufstiegschancen von Frauen

Vertreten Sie Quotenlösungen zur Verbesserung des Frauenanteils in Führungspositionen?

- X Ja. Wenn ja: Welche Quote? 50%
 O Nein. Wenn nein: Warum nicht? entfällt

Vereinbarkeit von Familie und Beruf**Welche Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf befürworten Sie?**

- X Angleichung zwischen individuell erwünschter und realisierter Arbeitszeit
- X lebensverlaufsorientierte Arbeitszeiten
- X Kita-Ausbau für Kinder unter 3 Jahren
- X Qualitätsverbesserungen in Kindertageseinrichtungen bezüglich Personalschlüssel und Personalqualifikation
- X Anreizsysteme für eine paritätische Übernahme von Familienarbeit durch beide Geschlechter
- X bessere Bedingungen für die häusliche Pflege
- X weitere (in Stichworten):
- wohnungsnaher Kindertageseinrichtungen und Schulen
 - Familienfreundlichkeit von Unternehmen und Verwaltungen (u. a. auch Förderung von Audits)
 - besondere Unterstützung Alleinerziehender und kinderreicher Familien durch Unterstützung bei der Alltagsorganisation
 - zeitflexible Angebote der Kindertagesbetreuung
 - „Ganztagsschulen“ („Eine Schule für alle“)

Gesundheit und Pflege

Werden Sie sich für die Schaffung bzw. Stärkung von Angeboten zur Gesundheitsförderung für Jungen/Männer sowie Mädchen/Frauen einsetzen?

- X Ja.
O Nein.

Werden Sie sich für die gesellschaftliche und finanzielle Aufwertung sozialer Arbeit (Pflege, Erziehung) und die Verbesserung ihrer Rahmenbedingungen einsetzen? Bitte erläutern Sie Ihr Votum.

- X Ja, mit sehr hoher Priorität.
O Ja, mit hoher Priorität.
O Ja, mit mittlerer Priorität.
O Eher nicht, das hat geringe Priorität.
O Nein. Das ist unnötig.

In Sachsen ist der demografische Wandel besonders durch die demografische Alterung geprägt. Einer abnehmenden Zahl von Erwerbspersonen (15 bis 65 Jahre) steht eine zunehmende Zahl von älteren Menschen gegenüber. Die Bereiche Pflege und Erziehung gehören als so genannte frauentypische Berufe auch zu den vergleichsweise schlecht bezahlten. In Sachsen sind die Durchschnittseinkommen zudem die niedrigsten in Deutschland. Aus diesen Fakten ergibt sich, dass sozialen Bereichen und insbesondere dem Pflegebereich ein großer Fachkräftemangel droht. Diesem ist nur zu begegnen, indem die personennahen sozialen Berufe gesellschaftlich aufgewertet und finanziell entsprechend ihrer Bedeutung für die Gesellschaft vergütet werden.

Abgesehen davon ist auch nicht hinnehmbar, dass diese psychisch und oft auch physisch anspruchsvollen bzw. schweren Tätigkeiten weiterhin so unterbewertet bleiben.

Durchsetzung tatsächlicher Geschlechtergleichstellung in Politik und Verwaltung

Werden Sie sich für Gender Mainstreaming, einschließlich Gender Budgeting, in der Sächsischen Landespolitik einsetzen?

- X Ja. Warum? Gender Mainstreaming wird als EU-rechtliche Verpflichtung gesehen. Es ist ein geeignetes Steuerungsinstrument, um Geschlechtergleichstellung zu fördern. Der Haushalts- und Finanzbereich (Gender Budgeting) ist wegen der Analyse der Einnahmen- und Ausgabenflüsse wichtig. Außer dem Geschlecht sind meist weitere soziale Merkmale zu beachten wie Behinderung, Alter oder Elternschaft. „Positive Diskriminierung“, d. h. Maßnahmen, die sich nur ein Geschlecht richten, bleiben davon unberührt, denn sie sind weiterhin notwendig, um bei ausgeprägten Disparitäten, Benachteiligungen oder der besonderen Betroffenheit eines Geschlechts Einfluss zu nehmen.
- O Nein. Warum nicht? entfällt

Werden sie sich für die Bestellung hauptamtlicher Gleichstellungsbeauftragter in den Kommunen verwenden? Bitte mit kurzer Erläuterung:

DIE LINKE.Sachsen setzt sich für die Bestellung hauptamtlich tätiger Gleichstellungsbeauftragter in allen Landkreisen, Kreisfreien Städten und Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnenden ein. In den Landkreisen und Kreisfreien Städten sollte außerdem eine hauptamtliche Stellvertretung bestellt werden. Tätigkeit im Hauptamt bedeutet für uns – entgegen der Rechtslage – Vollzeit. Die Gleichstellungsbeauftragten sollen das Recht haben, bei Einstellungen und Beförderungen unmittelbar und gleichberechtigt teilzunehmen. Sie sollen außerdem in der politischen

Entscheidungsfindung mitwirken. Sie benötigen eigene Budgets für ihre Arbeit.

Wir begründen dies damit, dass im Zuge der Kreisgebietsreform und durch den demografischen Wandel, d. h. die Unterschreitung des sächsischen Schwellenwertes von 20.000 Einwohnenden in einer Anzahl von Städten in den vergangenen Jahren, die personellen und finanziellen Ressourcen für die kommunale Gleichstellungsarbeit erheblich reduziert wurden. Das soll mit den Vorschlägen ausgeglichen werden.

Förderpolitik

Förderung von Frauenprojekten

Werden Sie sich in den folgenden Haushaltsverhandlungen für eine wieder verbesserte Förderung von Frauen-, Mädchen- und Gleichstellungsprojekten in Sachsen einsetzen?

Ja.

Nein.

Dachverbandsarbeit

Werden Sie sich für eine angemessene dauerhafte Spitzen- und Dachverbandsförderung einsetzen?

Ja.

Nein.

Offene, geschlechtergerechte Gesellschaft. Aufbrechen von Rollenbildern

Welche sind Ihrer Auffassung nach die drei wichtigsten Maßnahmen zur Bekämpfung von Alltagssexismus?

diskriminierungsfreie Werbung

Weiterbildung von Akteuren und Akteurinnen

verbindliche Aufnahme von Gleichstellungsmaßnahmen ins Qualitätsmanagement

Weitere:

- offene (im Alltag) und öffentliche (in den Medien) Auseinandersetzung einschließlich der Unterstützung von Personen, die das Thema kritisch ansprechen oder eigene Erfahrungen darlegen
- Regelwerke für eine respektvolle, nicht sexistische Kommunikation u. a. auch im Internet und in den sozialen Medien

Selbstverständlich sind auch die nicht angekreuzten Maßnahmen sinnvoll, allerdings war eine Beschränkung auf drei Maßnahmen vorgegeben. Da Alltagssexismus vor allem eine Frage der gesellschaftlichen Kultur und des Menschenbildes ist, wurde hier öffentlicheren, bewusstseinsbildenden Maßnahmen der Vorrang gegenüber kognitiven und rechtlichen gegeben.

Werden Sie Maßnahmen zur Durchsetzung geschlechtergerechter Sprache im öffentlichen Bereich initiieren und stärken?

Ja.

Nein.

Bekämpfung häuslicher und sexualisierter Gewalt

Werden Sie sich in den folgenden Haushaltsverhandlungen für einen Ausbau und eine angemessene Finanzierung der Infrastruktur zur Bekämpfung häuslicher und sexualisierter Gewalt einsetzen und Maßnahmen zur Lückenschließung in der Versorgungslandschaft ergreifen?

Ja.

Nein.

Welche Schritte werden Sie unternehmen, um das Problemfeld „sexualisierte Gewalt“ in der sächsischen Öffentlichkeit und in der sächsischen Politik stärker zu thematisieren?

Besonders wichtig sind uns

1. Regelfinanzierung zur Sicherstellung eines landesweiten und lückenlosen Netzes der Beratung und Opferhilfe einschließlich der Täterberatung
2. Initiativen zur gesellschaftlichen Ächtung von Gewalt

Wir verweisen zudem auf unsere Antwort auf Ihr Schreiben vom 6. Februar 2014, worin zum Beschluss des Landesfrauenrates vom 19. Oktober 2013 zum Thema der sexualisierten Gewalt Stellung genommen wurde.

Bildung

Planen Sie Maßnahmen im Bildungswesen, um zum verstärkten Aufbrechen tradierter Geschlechterrollenbilder beizutragen? Wenn ja, welche sind die drei Wichtigsten für Sie?

Nein.

Ja.

1. Erweiterung des praktischen Unterrichts an (u. a. im Holz-, Metall- und Pflegebereich, in der Hauswirtschaft und der Elektrotechnik) für Mädchen und Jungen
2. Förderung von Maßnahmen, welche das tradierte Berufswahlverhalten aufbrechen (z. B. Berufspraktika in Abschlussklassen in „geschlechteruntypischen“ Berufen)
3. Maßnahmen zur Modernisierung der Sexualerziehung in der Schule